

## *Gedanken zur Diskussion um die Reform der Bundeswehr*

von Klaus Coenen

*Die derzeitige Diskussion um die Reform ist verengt auf Fragen des Personalumfangs, des Verteidigungshaushalts, die Standortdebatte und vor allem des Für und Wider in Sachen Wehrpflicht unter Wiederholung bekannter Argumente. Emotionale Äußerungen wie Identität der Partei oder Partei der Wehrpflicht helfen dabei nur wenig weiter in dieser wesentlichen Entscheidung unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik.*

*Grundlage aller sicherheitspolitischer Überlegungen ist und bleibt eine Analyse aktueller wie künftiger Herausforderungen und Bedrohungen, auch solcher, die heute als unwahrscheinlich oder gar utopisch erachtet werden. Wer hatte mit der deutschen Einigung oder der Form der Anschläge des 11. September gerechnet?*

*Das Argument, uns bedrohen kein Massenheere aus dem Osten mehr, die Bundesrepublik ist von Freunden umgeben, ist richtig.*

*Ebenso richtig ist die Aussage, daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um unsere Armee im Einsatz mit allem auszurüsten, was Leben schont und die Auftragsdurchführung optimiert. Auch Führungsstruktur und Organisationsform wie dem Zeitgeist geschuldete Einteilungen in Stabilisierungskräfte usw. bedürfen ohne Rücksichtnahme auf innenpolitische Befindlichkeiten der Anpassung an heutige Notwendigkeiten.*

*Ist deswegen, so eine Standardredensart, die Wehrpflicht überholt?*

*Ja, wir sind, gottlob, nur von Freunden umgeben. Aber, mit Ausnahme Frankreichs, nur von militärisch schwachen Staaten und solchen, die unter den Schutzschirm der NATO geflüchtet sind, dem wir viel zu verdanken haben. Als größtes europäisches NATO-Land in der Mitte Europas haben wir hier eine unbestreitbare Pflicht der Solidarität im Bündnis, auch mit dem Vorhalten hinreichender Kräfte zur Verteidigung der Landes- wie der Bündnisgrenzen. Nur ein hinreichendes Kräftedispositiv macht gegen Erpressung und Bedrohung immun, gewährleistet Abschreckung.*

*Ja, es geht von der Russischen Föderation, die nicht einmal auf Großkatastrophen auf eigenem Territorium angemessen reagieren kann und in deren Interesse aus mannigfachen Gründen mittelfristig eine enge Kooperation mit der EU liegt, akut keine Bedrohung aus. Aber wie agiert eine nach alter Größe und Anerkennung als Weltmacht sich sehnde Atommacht unter einem nächsten Präsidenten ( Putin? ) im „ Nahen Ausland “, bei einem angeschlagenen Amerika und einer ausgehöhlten NATO? ( vgl. Georgien ).*

*Ja, wir müssen die Strukturen der Bundeswehr besser den Erfordernissen des Einsatzes anpassen und die erforderlichen Mittel bereitstellen. Aber ist damit allein den sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands ausreichend Rechnung getragen?*

*Sie alle kennen die breite Palette der Herausforderungen durch Kriege und Konflikte, die in einer globalisierten Welt nur noch schwer lokal zu begrenzen sind, die Gefahren, die von Massenvernich-*

tungsmitteln, zerfallenden Staaten, Extremismus, Terrorismus und organisierter Kriminalität ausgehen, die Folgen von Ressourcenverknappung, Klimawandel, Armut, Seuchen, Bevölkerungswachstum, Wanderbewegungen und Migration, die Gefährdung von Handelswegen und -räumen, wie der Energiesicherheit, dazu vielfältige Formen des Eingriffs in die moderne Infrastruktur, wie z.B. Cyber War.

Hier brauchen wir die hochmoderne Armee mit der Fähigkeit zu globaler Machtprojektion. Dabei ist nicht zu verkennen, daß Einsätze wie der in Afghanistan künftig unwahrscheinlicher sein werden. Zum einen, weil die postheroische Gesellschaft immer weniger bereit ist, derartige Interventionen mitzutragen. Zum anderen, weil nach dem schnellen Ende des „amerikanischen Jahrhunderts“, dem Ende der Unipolarität, dem schnellen Veränderungsprozess hin zu einem multipolaren Ordnungssystem bei langsamer Verschiebung des globalen Gleichgewichts einem Agieren des „Westens“ in bisheriger Form zunehmend Grenzen gesetzt sein werden.

So unwahrscheinlich die unmittelbare Bedrohung der Bundesrepublik durch einen Nachbarstaat ist, es bedarf einer bewaffneten Komponente, die Sicherungs- und Katastrophenschutzaufgaben auf deutschem Territorium wahrnehmen kann. Ein Szenarium, in dem Deutschland zum Ziel breit angelegter Angriffe „asymmetrischer Natur“ wird, ist durchaus real. Polizeikräfte allein sind bei derartigen Aktionen nach Zahl, Ausbildung und Ausrüstung nicht in der Lage, Bevölkerung wie unsere hochkomplexe Infrastruktur (Kernkraftwerke, Staudämme, Flughäfen, Kommunikationsknoten usw.) adäquat zu schützen. Und auch in Mitteleuropa wächst die Gefahr erheblicher Naturkatastrophen, zu deren Bewältigung die Kräfte der Feuerwehren, des THW und der Hilfsorganisationen nicht hinreichen.

Derartige Aufgaben sind mit einer kleinen, auf Auslandseinsätze optimierten, modernen Bundeswehr nicht zu meistern. Hier bedarf es neben der auf diesen Auftrag ausgerichteten Truppe einer „Heimatschutzkomponente“ in der auch der nur 6 Monate ausgebildete Wehrpflichtige nicht nur seinen Platz findet sondern unabdingbar ist.

Nur mit der Wehrpflicht und einem adäquaten Reservistenkonzept kann die für diese denkbaren Fälle ggfls. erforderliche Aufwuchsfähigkeit gewährleistet werden. Wer den Aufbau der Bundeswehr miterlebt oder gar mitgestaltet hat, weiß, welchen Aufwands es bedarf, die Aussetzung der Wehrpflicht im Falle eines Falles zu widerrufen, von politischen Implikationen ganz zu schweigen.

Der Bundesminister der Verteidigung war zum schnellen Aufgreifen der sicherlich auch sonst notwendig gewordenen Reform durch die unstrittigen Sparzwänge gefordert. Dabei hat er im Bundeskabinett Maßstäbe gesetzt. Eine Diskussion der Auswirkungen auf den Bundeshaushalt - nicht Aufgabe des BMVg – wird bis heute vermißt. Wird die Einsparung im Einzelplan 14 (Verteidigung) durch Erhöhung des Bedarfs im Sozialhaushalt zum Nullsummenspiel zu Lasten unserer Sicherheit?

Ein Letztes. Mit Ausnahme eines Einsatzes der KSK zur Rettung deutscher Staatsbürger o.ä. bzw. der Hilfe bei Katastrophen ist ein Einsatz unsere Bundeswehr im Ausland derzeit nur im Verbund mit EU-, NATO- oder Streitkräften weiterer Staaten und entsprechender Mandatierung absehbar.

Unabdingbar gehört in die Reformdiskussion daher auch die Frage einer engeren Abstimmung und Aufgabenteilung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSV) der Europäischen Union. Langfristiges Ziel muß hier eine Europäische Armee sein, eine Armee mit EU-Status, also über die im Vertrag von Lissabon hinaus gefundene Formel einer Aufgabenerfüllung „mit Hilfe der Fähigkeiten, die von den Mitgliedsstaaten bereitgestellt werden“. Dies ist ein mühevoller Weg mit vielen

*Zwischenschritten und Verzicht auf nationalstaatliche Traditionen. Aber er muß, will die EU den ihr gebührenden Platz in der globalen Ordnung einnehmen, aber auch in Anbetracht der Sparzwänge aller EU –Staaten gegangen werden. Die Lage erfordert einen ersten mutigen Schritt in diese Richtung, wie insgesamt es an der Zeit ist, Denkverbote und Tabuisierungen zu überwinden, im Interesse unser aller Sicherheit selbstaufgelegte Gebote und überinterpretierte Auslegungen unseres Grundgesetzes zu hinterfragen und ggfls. daraus die notwendigen gesetzlichen Konsequenzen einer gereiften Demokratie zu ziehen. Im Zusammenhang mit der Reformdiskussion ist hier die dem Sicherheitsbedürfnis unseres Staates und seiner Bürger unter heutiger Bedrohungslage nicht mehr gerecht werdende und faktisch überholte Trennung von Innerer und Äußerer Sicherheit zu sehen. Es bedarf hier dringend des Mutes der Politik und ihres Vertrauens in die demokratisch legitimierte Staatsorgane. Der politisch denkende Staatsbürger erwartet hier entsprechende Initiativen, auch und gerade im Kontext mit der Frage der Wehrpflicht (12a GG ) und ihrer künftigen Ausgestaltung.*

*Klaus Coenen*

*PS.*

*Im Zusammenhang mit GASP u. GSV wird auf den Entwurf eines Positionspapier des Fachausschusses Europa zur Europäischen Sicherheitspolitik verwiesen.*